

Das vollständige Interview mit der Nordsee-Zeitung - 6. Oktober 2010

Der Redakteur H. Klonus sprach mit unserem Geschäftsführer G. Wittig

Der Wasserversorgungsverband Wesermünde-Süd feiert sein 50-jähriges Bestehen. Haben Sie auch Grund zum Feiern? Oder überwiegen die Sorgen, wenn Sie in die Zukunft blicken? Sandabbau, Nitratbelastung, Kohlendioxid-Einlagerung sind Stichworte, die Sie sicher beunruhigen.

Selbstverständlich hat der Verband Grund zu feiern. Wir blicken auf eine 50-jährige Erfolgsgeschichte zurück. Aus dem Nichts haben wir für die Bevölkerung in unserem Versorgungsgebiet eine flächendeckende und sichere Wasserversorgung aufgebaut. Unseren Kunden liefern wir rund um die Uhr Trinkwasser in hervorragender Qualität und Beschaffenheit und dies zu einem günstigen Preis.

Sorgen bereitet uns in der Tat die Qualität des Grundwassers. Sauberes Trinkwasser braucht sauberes Grundwasser. Damit nachfolgende Generationen die Ressource Wasser noch nutzen können, ist eine nachhaltige Bewirtschaftung erforderlich.

Mengenmäßig wird es auch zukünftig keine Probleme geben. Niedersachsen wird ein niederschlagreiches Land bleiben. Grundsätzlich ist die Zunahme im Winter und die Abnahme der Niederschläge im Sommer eine Entwicklung, die durch den anthropogenen Treibhauseffekt nach Modellberechnungen auch in Zukunft für die Region zu erwarten ist. Bilanziert erwarten wir über das Jahr gesehen mehr Niederschläge.

Auf der jüngsten Sitzung des Bauausschusses in Bramstedt haben Sie darauf aufmerksam gemacht, welche Folgen der Bodenabbau haben kann. Wie konkret sind die Gefahren und wodurch entstehen sie?

Das Einzugsgebiet unseres Wasserwerkes ist geprägt durch das weiträumige Fehlen von Deck- und Trennschichten, die ansonsten das Grundwasser schützen und Schadstoffe zurückhalten können. Durch die starke Vorbelastung durch Nitrat und die fehlende Möglichkeit, die Entnahmehäuser in tiefere Bereiche zu verlagern, muss grundsätzlich die Empfindlichkeit des Grundwassers als hoch eingestuft werden.

Wenn jetzt während des Bodenabbaus auch noch der humose Oberboden entfernt wird, dringen Schadstoffe aus der Luft ungehindert in die über dem Grundwasser verbleibende geringe Sandauflage ein und gelangen so in den Grundwasserleiter. Gerade bei Sandböden in der Geest sind wesentliche Stoffrückhalt- und Filterpotentiale auf den humosen Oberboden beschränkt. Messungen in abgebauten Gruben haben durch Säureeinträge die Restsandschicht und das Grundwasser zunehmend versauern lassen. Die angetroffenen niedrigen pH-Werte lassen erwarten, dass toxisches Aluminium aus der Bodenmatrix herausgelöst und in das Grundwasser eingetragen wird. Durch die Forderung des Landkreises Cuxhaven, dass abgebaute Flächen der freien Sukzession überlassen werden müssen, wird diese für das Grundwasser nachteilige Entwicklung noch verstärkt.

Wie lässt sich diese Entwicklung vermeiden? Was können Sie selbst dagegen tun, was die Gemeinde und die Samtgemeinde?

Nachdem wir gesehen haben, dass der Bodenabbau nicht gänzlich verhindert werden kann, haben wir dem Landkreis Cuxhaven Vorschläge unterbreitet, ihn wenigstens grundwasserschonender zu gestalten. Ohne Erfolg, es besteht keine Bereitschaft, die Interessen des Grundwasserschutzes auch nur bezogen auf wichtige Räume wie das Trinkwassereinzugsgebiet, zu berücksichtigen. Das wirtschaftliche Interesse der Abbaubetriebe steht im Vordergrund. Dazu kommt noch, dass dem Naturschutz ein weitaus größeres Gewicht zugesprochen wird, als dem Schutz des Grundwassers und somit indirekt dem Trinkwasser. Auch eine Klage gegen den Landkreis Cuxhaven wegen seiner

Genehmigungspraxis war letztendlich nicht erfolgreich. Das Verwaltungsgericht ist der Auffassung, dass wir zwar den Schutz vor konkreten Beeinträchtigungen des Grundwassers verlangen können, nicht aber die Umsetzung des aus unserer Sicht bestmöglichen Schutzkonzepts. Die Auswahl geeigneter Schutzmaßnahmen stünde im Ermessen des Landkreises. Sollte diese Einschätzung nicht zutreffen und es zu einer Gefährdung des Grundwassers kommen, könnte der Landkreis auch nachträglich die erforderlichen Anordnungen zum Schutz des Grundwassers treffen. Weil wir die Entscheidung des Gerichts so erwartet haben, haben wir bereits im August 2009 die zuständige Samtgemeinde Hagen gebeten, den Flächennutzungsplan dahingehend zu ändern, dass sie den Bodenabbau durch Ausweisung von Konzentrationsflächen steuert. Eine derartige Planung führt im Ergebnis dazu, dass der Bodenabbau auf Standorte außerhalb des Trinkwassergewinnungsgebietes konzentriert wird. Ich unterstelle der Samtgemeinde, stellvertretend auch für die übrigen Mitgliedsgemeinden des Verbandes, ein Interesse an einer ordnungsgemäßen und einwandfreien Trinkwasserversorgung. Die Gemeinde Bramstedt, die sich als einzige Gemeinde dieses Themas in einem größeren Rahmen angenommen hat, wird uns sicherlich moralisch unterstützen.

Sie sichern mit Ihrem Verband die Trinkwasserversorgung von 33 500 Einwohnern in den Samtgemeinden Beverstedt, Hagen und Hambergen sowie in den Gemeinden Loxstedt und Schwanewede. Haben Sie den Eindruck, dass diese Aufgabe ernst genug genommen wird von Politik, Ämtern und Behörden?

Eindeutig: Nein, denn Trinkwasser hat keine Lobby. Wir erhalten seitens der Politik, der Aufsichts- und Fachbehörden nicht die Unterstützung, die wir für unsere Anliegen und den Aufgaben, die uns der Gesetzgeber auferlegt hat, benötigen. Schon allein wegen der unterschiedlichen Nutzung der Flächen im Trinkwassereinzugsgebiet sind wir einer starken Konkurrenz, die seitens der Politik und somit auch zwangsläufig von den Ämtern und Behörden wesentlich mehr Akzeptanz erfährt, ausgesetzt. Es ist unbestritten, dass wir uns den Interessen anderer Flächennutzer wie der Landwirtschaft und der Bodenabbauunternehmen unterordnen sollen. Wir haben erfahren müssen, dass vorgeschriebene Standards bei Anträgen für den Bodenabbau ignoriert werden, von der für uns zuständigen Fachaufsicht die Versorgungssicherheit betreffende Anfragen nicht beantwortet und uns bedenkliche Ergebnisse von Grundwasseruntersuchungen vorenthalten werden. Ich vermisse, dass der Landkreis bei seinen Entscheidungen von seinem Ermessensspielraum und der Beachtung des Besorgnisgrundsatzes, wonach jede vermeidbare Beeinträchtigung der Grundwasserqualität zu unterbleiben hat, unzureichend Gebrauch macht. Diese Vorgehensweise wird dazu führen, dass wir vielleicht mittelfristig entweder die einwandfreie Beschaffenheit des Trinkwassers nicht mehr gewährleisten können oder zu einem teuren Reparaturbetrieb aufgrund Verfehlungen anderer werden. Die Krux dabei ist, dass wir als Inhaber der Trinkwasseranlagen die Verantwortung für die Einhaltung der Grenzwerte nach der Trinkwasserverordnung tragen, wir jedoch bei deren Nichteinhaltung verwaltungsmäßige Folgen bis zur Strafverfolgung ausgesetzt sind. Sie können mir abnehmen, dass mein Vertrauen in die Exekutive in letzter Zeit gelitten hat. Alle diejenigen, die das Grundwasser nutzen und unbedenklich unser Trinkwasser genießen möchten, lege ich ein russisches Sprichwort ans Herz: Spucke nicht in den Brunnen, Du wirst selbst aus ihm trinken müssen.

Es gibt nach einer Zeit des Stillstands wieder steigende Trends bei der Nitratbelastung im Boden und im Grundwasser. Was sind die Ursachen dafür?

Die Belastung der Grundwässer mit Nitrat ist eines der zentralen ungelösten Probleme im Grundwasserschutz geblieben. Und dies trotz zahlreicher Regelungen auf vielen Ebenen. Ursachen dieser Entwicklungen sind steigende Tierzahlen, auf zu vielen Flächen zu hoher Stickstoffeintrag, sinkender Grünlandanteil durch Umbrüche sowie Brachflächenverlust und zunehmender Anteil an Silomaisflächen durch die hohe Dichte von Biogasanlagen.

Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) kommt zu dem Erkenntnis, dass derzeit schon 60% der Wasserschutzgebiete vom Energiepflanzenanbau betroffen sind. Der Maisanbau verursacht bei einer gängigen Düngepraxis deutlich höhere Nitratausträge in das Grundwasser als dies z. B. im Getreideanbau der Fall ist. Zusätzlich zum schon hohen Wirtschaftsdüngeraufkommen aus tierischen Reststoffen kommen noch weitere Nährstofffrachten aus pflanzlichen und Abfallgärresten hinzu. Da kommt eine gigantische Herausforderung auf uns zu, wenn Biomasse noch stärker als bisher Energie spenden soll. Bis 2050 soll ihre Verwendung nach dem Willen der Bundesregierung in gewaltigem Ausmaß erhöht werden. Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt ca. 5 Mio. Hektar Ackerflächen zur Deckung der Ausbauziele bereitgestellt werden müssten. Aktuell werden auf 2 Mio. der insgesamt 12 Mio. Hektar Ackerfläche in Deutschland Energiepflanzen angebaut. Bereits jetzt fehlen für die Verwertung der Nährstoffe aus der Tierhaltung und der Biogasproduktion landwirtschaftlich genutzte Flächen. Deshalb ist es dringendst geboten, die Raumordnung zur Gestaltung von Energielandschaften heranzuziehen.

Nehmen die Landwirte zu wenig Rücksicht auf die Natur, obwohl sie doch mit ihr arbeiten und auskommen müssen?

Die Situation der Landwirte ist ja auch nicht einfach. Sie leiten große Wirtschaftsunternehmen und nehmen für Investitionen Millionenbeträge in die Hand. Zudem erfahren auch sie eine wachsende Flächenkonkurrenz mit deutlicher Zunahme der Pachtpreise. Der wahnsinnige Druck, günstig zu erzeugen führt zu einer generellen Erhöhung des Intensitätsgrades aller Anbaufrüchte. Eine weitere Verdrängung noch verbliebener Extensivierungsflächen ist zu befürchten. Da spielt die landwirtschaftliche Ertragsfunktion und die ökologische Konsequenz eine große Rolle. Entscheidend für den Grundwasserschutz ist deshalb die Frage, ob eine Düngung mit 180 kg Stickstoff pro Hektar für das Erzielen des wirtschaftlichen Höchstertes unbedingt erforderlich sein muss oder ob eine wesentlich reduzierte Düngermenge ausreicht, um einen 90prozentigen Ertrag einfahren zu können. Genau dieser Herausforderung stellen sich die Landwirte in den Wasserschutzgebieten, denn sie kennen ihre Verantwortung. Seit Jahren kooperieren wir mit den Landwirten, um Einträge von Stoffen wie Nitrat und Pflanzenschutzmitteln zu minimieren oder zu verhindern.

Zurzeit ist die Einlagerung von Kohlendioxid in der Diskussion. Was halten Sie davon? Welche Folgen hätte das für das Grundwasser?

Eine große Herausforderung für die Wasserversorgungsunternehmen in Norddeutschland wird die politische Entscheidung darüber, wo Gebiete für das Verbleiben von CO₂ im Untergrund ausgewiesen werden. Wir sehen hierin ein erhebliches Gefahrenpotential, da nicht sichergestellt werden kann, dass das Grundwasser nicht gefährdet wird.

Für die Lagerung von Kohlendioxid wird derzeit vor allem die Speicherung in tiefen mit Salzwasser gefüllten geologischen Schichten diskutiert. Beim Einpressen sehr großer Mengen CO₂ wird dabei das Salzwasser aus diesen Schichten verdrängt. Dies führt zu einer unterirdischen Druckausbreitung, so dass der Einflussbereich einer Lagerstätte nahezu unendlich ausgeweitet werden kann. Salzwasser könnte so in den grundwasserberührten Bereich der Trinkwassergewinnung gelangen. Durch die Versalzung und irreversible Kontamination des Grundwassers mit Schadstoffen wären sämtliche Wasserversorgungsunternehmen betroffen und damit auch alle versorgten Einwohner.